



AUSGABE 67
August 2009

ANALYSEN & ARGUMENTE

Russland: eine einsame Weltmacht

von Heinrich Schwabecher

Das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland ist schwer beschädigt und emotional geladen. Russland, das sich seit Jahren als neue Weltmacht sieht, fühlt sich missverstanden, nicht ernst genommen und nicht akzeptiert, durch die Handlungen des Westens¹ sowie vor allem Georgiens und der Ukraine ins Abseits gedrängt, provoziert und beleidigt. Nach dem Kaukasus-Krieg sieht sich Russland als Sieger und versucht als eine starke und selbstständig handelnde Weltmacht auf Augenhöhe mit den USA zu agieren und scheut sich nicht vor Konfrontation.

Doch genügt Russland seinem eigenen Weltmacht-Anspruch? Welche Ziele verfolgt Russland in seiner Außen- und Sicherheitspolitik? Was denken die russischen Eliten über die Ziele des Westens? Wie ist die Außenpolitik der „neuen“ Weltmacht Russland zu bewerten? Und vor allem: Wo liegen die Grenzen der Kooperation? Diese Studie befasst sich mit Anspruch und Wirklichkeit der russischen Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik seit dem Kaukasus-Krieg und zeichnet ein Bild der „neuen“ Weltmacht Russland.

Ansprechpartner

Dr. Patrick Keller
Kordinator Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 10
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-941904-05-7



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

- 3 | 1. ZIELE DER RUSSISCHEN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK
 - 3 | 2. NEUES SICHERHEITSKONZEPT NACH MEDWEDEW
 - 3 | 3. KONSENS
 - 4 | 4. AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK EINER „NEUEN“ WELTMACHT
 - 4 | 5. MILITÄRPOLITIK NACH DEM KAVKASUS-KRIEG
 - 6 | 6. FAZIT
 - 7 | 7. ANMERKUNGEN
- DER AUTOR



1. ZIELE DER RUSSISCHEN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Das gegenwärtige außenpolitische Denken Russlands² basiert auf drei zentralen Prinzipien: klassische Machtpolitik des 19. Jahrhunderts, Denkmuster des Kalten Krieges sowie die politische Theorie des Realismus. Für die politische Elite in Russland ist somit ein normaler Zustand der internationalen Beziehungen ein Machtkampf um die Ressourcen zwischen einzelnen Staaten, seien diese politischer, wirtschaftlicher oder geistiger Natur. Russische Außen- und Sicherheitspolitik ist in erster Linie eine interessenorientierte Realpolitik.

Weil sich Russland wieder als Weltmacht sieht, will es, erstens, von außen als solche wahrgenommen und akzeptiert werden. Zweitens strebt Russland eine multipolare Welt an. Russland will nicht nur als ein Gegenpol zu den USA, sondern als Gegenpol auf Augenhöhe mit den USA wahrgenommen werden. Drittens will Russland, dass der postsowjetische Raum vom Westen als Russlands Einflusszone akzeptiert wird. Der russische Präsident Medwedew verwendet den Begriff des Raumes, in dem Russland seine „geschichtlich bedingten privilegierten Interessen“ hat. Viertens will Russland weiteren Einfluss des Westens auf den postsowjetischen Raum eindämmen. Unter anderem will es die NATO-Osterweiterung stoppen, das Raketenabwehrsystem in Osteuropa verhindern und weitere „farbige Revolutionen“ abwenden. Fünftens will Russland weiterhin als zentraler und zuverlässiger Energielieferant Europas gelten und richtet darauf auch seine Außen- und Sicherheitspolitik aus. Schließlich will Russland die Spielregeln in Europa und vor allem im postsowjetischen Raum nach eigenen Vorstellungen und Maßstäben ändern. Um alle diese Ziele zu erreichen, versucht Russland ein neues Sicherheitskonzept durchzusetzen.

2. NEUES SICHERHEITSKONZEPT NACH MEDWEDEW

Am 8. Oktober 2008 präsentierte Medwedew in Evian russische Vorschläge zu einem neuen Sicherheitspakt „von Vancouver bis Wladiwostok“. Dieser soll fünf Punkte beinhalten.

Erster Punkt: Das Völkerrecht soll als Grundlage des Sicherheitsvertrages festgehalten werden. Hier soll es vor allem um die Anerkennung der Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit von Staaten gehen.

Zweiter Punkt: Alle Vertragspartner sollen auf Gewalt als Mittel der internationalen Beziehungen verzichten. Vorbeugung und friedliche Lösung von Konflikten sollen im Vordergrund stehen.

Dritter Punkt: Die gleichberechtigte Sicherheit soll gewährleistet werden. Dabei sollen drei Prinzipien befolgt werden:

(1) keine Gewährleistung eigener Sicherheit zum Nachteil des Anderen, (2) keine Aktivitäten im Rahmen jeglicher Militärbündnisse und Koalitionen, die den gemeinsamen Sicherheitsraum schwächen und (3) keine Erweiterung der Militärbündnisse, wenn diese die Sicherheit anderer Mitglieder des Sicherheitsvertrages gefährden.

Vierter Punkt: Weder Staaten noch Organisation sollen über das exklusive Recht auf die Gewährleistung des Friedens und der Stabilität in Europa verfügen können.

Fünfter Punkt: Es sollen die Rahmenbedingungen für die Kontrolle über Waffen und den Bau von Militärstrukturen geschaffen werden.

Die fünf Vorschläge sind nicht nur sehr allgemein gehalten; sie haben teilweise einen stark antiwestlichen Charakter und bilden ein Kosovo- und Georgien-Trauma der russischen Eliten ab. Zusammengefasst stellen die fünf Vorschläge folgendes Bild des Westens dar: Der Westen, der glaubt über die exklusiven Rechte für Frieden und Stabilität zu verfügen, missachtet das Völkerrecht, löst Konflikte mit Gewalt und verfolgt dabei ausschließlich eigene Interessen. Doch was denken die russischen politischen Eliten und Entscheidungsträger über den Westen?

3. KONSENS

Über die Ziele des Westens herrscht in Russland ein weit verbreiteter Konsens, der aus vier Punkten besteht:

1. *Der Westen wünscht sich ein schwaches Russland.* Um dieses Ziel zu erreichen, versucht der Westen sowohl von außen, in Form der NATO-Osterweiterung, als auch von innen, durch Finanzierung der Zivilgesellschaft und NGOs, zu agieren.
2. *Der Westen versucht Russland in die Situation des Kalten Krieges zurückzuwerfen, Russland vom Modernisierungskurs abzubringen und militärische Aufrüstung aufzuzwingen.*
3. *Der Westen hat versagt.* Der Westen kann die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht richtig wahrnehmen und hat keine Lösungen für internationale Konflikte. Im Gegensatz dazu verfügt Russland über angemessene Lösungsansätze, weshalb es für sich eine „intellektuelle Führungsrolle in den internationalen Beziehungen“ beansprucht.
4. *Die Politik des Westens ist durch „Doppelstandards“ und „Doppelmoral“ gekennzeichnet.* Begriffe wie Freiheit, Demokratie, gemeinsame Werte und Normen werden in Russland als Mittel zum Zweck verstanden und dienen nur



dazu, Russland zu schwächen und aus dem Raum der „geschichtlich bedingten privilegierten Interessen“ zu drängen.

4. AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK EINER „NEUEN“ WELTMACHT

Weil Russland sich besonders seit dem Kaukasus-Krieg als eine starke Weltmacht sieht, die sich auf Augenhöhe mit den USA befindet, versucht Russland dementsprechend zu agieren.

Erstens hat Russland versucht, die Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens durch die internationale Gemeinschaft zu erreichen. Dieser Versuch der russischen Diplomatie ist kläglich gescheitert. Trotz intensiver Bemühungen gelang es Russland bis jetzt nicht, dass selbst seine „engsten Verbündeten und strategischen Partner“ im postsowjetischen Raum die Unabhängigkeit der beiden Teilrepubliken Georgiens anerkennen. Lediglich Nicaragua und die palästinensische Terrororganisation Hamas folgten dem russischen Beispiel.

Des Weiteren bemühte sich Russland zu zeigen, dass es in der Lage ist, im „Hinterhof“ der USA zu agieren. So hat es versucht, die strategische Partnerschaft mit jenen Staaten Lateinamerikas auszubauen, die sich in Opposition zu den USA sehen. Im September 2008 besuchte Vizepremier Igor Setschin Nicaragua, Venezuela und Kuba. Die Ergebnisse waren bemerkenswert: Nicaragua erkannte die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens an, Venezuela und Russland führten im November 2008 das gemeinsame Militärmanöver „Venrus 2008“ durch und Raul Castro sprach mit Moskau über die Möglichkeit der Stationierung von russischen Militärbasen auf Kuba.

Schließlich hat Russland versucht, den postsowjetischen Raum neu zu organisieren und ein antiwestliches sicherheitspolitisches Bündnis neu aufzuwerten.

Im Februar 2009 fand der Gipfel der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (ODKB)³ statt. Die Ergebnisse waren auf den ersten Blick zufriedenstellend. Die Mitglieder wollen schnelle Eingreiftruppen schaffen, die auf dem russischen Territorium stationiert werden und die Mitglieder vor militärischen Aggressionen schützen sollen. Schnell verglich Präsident Medwedew die ODKB mit der NATO. Jedoch leistete Russland vor der Unterschrift der Absichtserklärung eine massive Überzeugungsarbeit. So richtete Russland den Anti-Krisen-Fonds für Mitglieder in Höhe von zehn Mrd. US-Dollar ein und beteiligte sich daran mit umgerechnet 7,5 Mrd. US-Dollar. An Belarus sollten insgesamt zwei Mrd. US-Dollar Hilfe und Kredite ausgezahlt werden. Zusätzlich erklärte sich Präsident Lukaschenko

bereit, ein gemeinsames Raketenabwehrsystem mit Russland aufzubauen und über die Anerkennung der georgischen Teilrepubliken nachzudenken. Kirgisien bekam ebenfalls zwei Mrd. US-Dollar zugesichert und erklärte sich zusätzlich bereit, den amerikanischen Militärstützpunkt Manas zu schließen. Armenien bekam 500 Mio. US-Dollar. Weitere Kredite in Höhe von 354 Mio. US-Dollar wurden an Kuba ausgezahlt.

Doch nachdem die Absichtserklärung unterschrieben und die Gelder zum Teil ausgezahlt waren, erklärte Belarus, dass die Beteiligung an den gemeinsamen Missionen verfassungswidrig sei. Nach dem „Milchkrieg“ zwischen Russland und Belarus im Juni 2009 distanzierte sich Lukaschenko von Moskau und versucht gegenwärtig verstärkt den Anschluss an die westliche Gemeinschaft zu finden. Ebenso verkündete Usbekistan, dass man nur sehr eingeschränkt bereit sei, sich an den gemeinsamen Vorhaben zu beteiligen; indessen bot die Regierung an, den aus Kirgisien abgezogenen amerikanischen Streitkräften den Luftraum und die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Auch Kasachstan, Tadschikistan und Turkmenistan stellten den Amerikanern und der NATO ihre Infrastruktur zur Verfügung. Im März 2009 erklärte der kirgisische Präsident Kurmanbek Bakijew, dass die Frage der Stationierung von amerikanischen Streitkräften noch nicht endgültig geklärt, man aber grundsätzlich bereit sei, mit den Amerikanern weiterhin zu verhandeln. Im Juni 2009 wurde der Status des Militärstützpunktes Manas geändert, die amerikanischen Truppen blieben somit in Kirgisien. Diese Vorgehensweise der „Verbündeten“ löste in Moskau erhebliche Irritationen aus. Eines wurde klar: Die russische Politik im postsowjetischen Raum befindet sich in einer tiefen Krise.

Inzwischen herrscht unter russischen Eliten die Überzeugung, dass die Weltmacht Russland nur einen Verbündeten hat: ihre Streitkräfte. Dementsprechend wird dem militärischen Sektor eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Der Kreml versucht den Eindruck zu erwecken, dass die Weltmacht Russland über gut ausgebildete, professionelle, einsatzbereite Streitkräfte mit modernen Waffen und Militärtechnologien verfügt und die Militärausgaben konstant steigen. Es ist dieses „Selbstbild“ Russlands, das jedes Jahr am 9. Mai auf den Militärparaden präsentiert und vom Westen wahrgenommen wird. Doch wie sieht es hinter den Kulissen wirklich aus?

5. MILITÄRPOLITIK NACH DEM KAUKASUS-KRIEG

Der Kaukasus-Krieg hat trotz der offiziellen Erfolgsmeldungen erhebliche Defizite innerhalb der russischen Streitkräfte offenbart. Zum Teil schlecht ausgerüstete und koordinierte Soldaten kämpften mit veralteter Waffentechnik, moderne Waffensysteme fehlten, die Kommunikation und Aufklärung waren mangelhaft, die Verluste der Luftwaffe überproportio-



nal. Trotz intensiver und mehrwöchiger Vorbereitungen waren die russischen Streitkräfte nur bedingt für den Krieg bereit. In der Bewertung des Einsatzes der Streitkräfte in Südossetien hat Präsident Medwedew am 18. August 2008 festgestellt, dass „die stärkste Seite der russischen Streitkräfte weiterhin ihr Kampfgeist bleibt“. Nur zwei Monate später kündigte er tiefgreifende Reformen und eine Umrüstung der Streitkräfte an. Die Planung lässt sich in sieben Punkten zusammenfassen:

1. Reduzierung der Streitkräfte
2. Versetzung aller Truppenteile in den Zustand der Einsatzbereitschaft (Schnelle Eingreiftruppen)
3. Erhöhung der Effektivität der Führungsebene
4. Verbesserung des militärischen Bildungssystems
5. Umrüstung und Modernisierung der Waffen und Waffensysteme
6. Verbesserung der sozialen Lage der Soldaten und Offiziere
7. Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte, in erster Linie mit Hilfe der strategischen Nuklearwaffen

Alle sieben Punkte waren bereits ein fester Bestandteil der Reformen der russischen Streitkräfte, die am 1. Dezember 2005 offiziell für erfolgreich abgeschlossen erklärt wurden, im Endeffekt aber gescheitert sind. Doch was beinhalten die neuen Reformen, die in drei Jahren (bis 2012) abgeschlossen werden sollen, konkret?

Die Streitkräfte werden von Grund auf umstrukturiert und von derzeit ca. 1,2 Mio. auf ca. eine Million reduziert. Insgesamt sollen in den nächsten Jahren fast 350.000 Offiziere und Unteroffiziere entlassen werden. Von der Umstrukturierung und Reduzierung werden nur die nuklearen Streitkräfte ausgeschlossen, denn diese sollen den Weltmachtstatus Russlands untermauern und weiterhin die Abschreckung garantieren. Bis 2015 sollen 30 Prozent aller Waffen und Waffensysteme erneuert werden, bis 2020 soll die Erneuerung allumfassend sein. An die Stelle von 65 Militäruniversitäten und Akademien sollen zehn militärische Wissenschaftszentren treten.

Fast alle entlassenen Offiziere und Unteroffiziere sollen laut Verteidigungsminister eine Wohnung und Abfindung bekommen. Doch die Reformen haben weder eine finanzielle noch eine rechtliche Grundlage. Das Geld für die Reformen wurde im Budget nicht vorgesehen. Laut Verteidigungsminister Serdjukow werden die Reformen durch „innere Reserven“ und den Verkauf von Immobilien des Verteidigungsministeriums finanziert, allerdings fehlt bislang ein schriftliches und umfassendes Reformkonzept. Dafür gibt es nur die Aussagen einzelner Entscheidungsträger, die zum Teil noch widersprüchlich sind.

Nicht weniger intensiv findet die Umrüstung der Streitkräfte statt. Im Januar 2009 wurde bekannt, dass das Verteidigungsministerium ein neues staatliches Waffenprogramm für 2011-2020 entwickelt. Ziel des Programms ist – wie bei vorangegangenen Versuchen – die radikale Umrüstung der russischen Streitkräfte und vor allem der nuklearen Waffen. Dieses ehrgeizige Ziel verfolgten auch die letzten drei Waffenprogramme des postsowjetischen Russlands.

Während des Tschetschenien-Krieges wurde das erste Waffenprogramm (1996-2005) ins Leben gerufen, das wegen chronischer Unterfinanzierung auf halbem Weg scheiterte. Nach dem Kosovo-Krieg und der Konfrontation mit der NATO wurde ein zweites Waffenprogramm (2001-2010) ins Leben gerufen. Auch dieses Programm wurde – noch nicht vollständig verwirklicht – durch das aktuelle Waffenprogramm (2006-2015) ersetzt. Nach Plänen des Verteidigungsministeriums soll das aktuelle Waffenprogramm im Jahr 2011 vorzeitig abgeschlossen und durch ein neues (2011-2020) ersetzt werden. Dass alle drei Waffenprogramme zum größten Teil gescheitert sind, hat nicht zuletzt der Kaukasus-Krieg eindeutig gezeigt. Ob die Reformen in drei Jahren in vollem Umfang und erfolgreich abgeschlossen werden, darf im Hinblick auf die Erfahrung der letzten Reformen, die Situation innerhalb der Streitkräfte und die tiefgreifende Finanzkrise durchaus angezweifelt werden.

Ohne Zweifel sind die Reformen der russischen Streitkräfte dringend notwendig. Die russischen Eliten präsentieren stolz steigende Militärausgaben, die gestiegenen Waffenexporte und die Zahl der abgehaltenen Wehrübungen. Doch nach wie vor ist die Situation innerhalb der Streitkräfte oft dramatisch. Kriminalität und Korruption bleiben feste Bestandteile der russischen Armee. Die internationale Finanzkrise wird diese Probleme nur verschärfen. Im Jahre 2007 wurden nach Angaben des Verteidigungsministeriums 244 Bataillonskommandeure und 16 Generäle verurteilt. Im Jahre 2005 waren es noch 104 Bataillonskommandeure und acht Generäle und Admiräle. Zwischen Januar und Juni 2008 wurden 22 Mrd. Rubel verschwendet oder veruntreut und ca. 1000 Straftaten mit Korruptionshintergrund registriert, davon 720 durch Offiziere. Zudem hat die dramatische demographische Entwicklung in Russland bereits Spuren hinterlassen. Da es in Russland nicht mehr ausreichend wehrtaugliche Jugendliche gibt, plant das Verteidigungsministerium demnächst 100.000 vorbestrafte junge Männer einzuberufen. Doch oft geht es nicht um die Zahl, sondern um die „Qualität“ der Wehrpflichtigen und Wehrdienstleistenden. 40 Prozent aller heute in Russland geborenen Kinder sind krank. Nur 67 Prozent der Wehrpflichtigen sind zum Dienst geeignet. 50 Prozent aller Soldaten können wegen psychischer und physischer Probleme nicht zum Dienst mit der Waffe zugelassen werden. Nach Angaben der Generalpsychiaterin Russlands, Tatjana Dmitrijeva, waren im Jahre 2008 40 Prozent der



Wehrpflichtigen psychisch krank, 35 Prozent der Soldaten hatten psychische Probleme, 30 Prozent davon waren geistig zurückgeblieben. Hoch bleibt auch die Sterberate innerhalb der russischen Streitkräfte. Jährlich sterben in den russischen Streitkräften fast 500 Soldaten. 50 Prozent davon durch Selbstmord. Alle zwei Wochen wird in Russland im Durchschnitt ein Soldat zu Tode gefoltert oder misshandelt, 2008 waren es 24.

Doch in der Argumentation Moskaus spielt die innere Verfassung der russischen Streitkräfte höchstens eine zweitrangige Rolle. Die Notwendigkeit der Reformen und Umrüstung der Streitkräfte wird in erster Linie und fast ausschließlich durch die aggressiven Handlungen des Westens und besonders durch die NATO-Osterweiterung begründet. Russland modernisiert und baut seine Streitkräfte in erster Linie um, damit es der „westlichen Aggression“ standhalten kann.

6. FAZIT

Im Westen herrscht die Meinung vor, Russlands Interessen seien in der Vergangenheit stark ignoriert worden und der Westen habe Russland nicht ausreichend an die NATO gebunden. Dies führt zu folgender Argumentation: Wir müssen Russland stärker einbinden und mehr Zugeständnisse machen, dann wird es sich auch anders verhalten. Dies ist grundsätzlich richtig. Doch hier ist eine zentrale Frage von entscheidender Bedeutung: Wo liegen die Grenzen der Kooperation?

Sicherlich dürfen die Ursachen für die Krise der westlich-russischen Beziehungen nicht ausschließlich in Moskau gesucht werden. Der Westen und vor allem die NATO und die EU haben auf den Kaukasus-Krieg zum Teil zu emotional und einseitig reagiert – auch weil die immer noch bestehenden Demokratiedefizite Georgiens oft nicht wahrgenommen werden. Die Diskussionen über wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland als eine Antwort auf die russische „Aggression in Georgien“ haben dem westlich-russischen Verhältnis weiter geschadet, ebenso wie der Abbruch der Beziehungen zu Russland seitens der NATO. Auch die Versuche des Westens, die Beziehungen mit dem „letzten Diktator Europas“ Alexander Lukaschenko auszubauen, weisen mehr realpolitische als wertorientierte Aspekte auf. Und die NATO-Manöver an der russischen Grenze in Georgien müssen in Moskau als Provokation erscheinen. Der Westen muss daher auch sein eigenes Verhalten überprüfen und Schlussfolgerungen ziehen.

Das weitaus größere Problem liegt jedoch in der Selbstwahrnehmung der russischen außenpolitischen Eliten und der daraus resultierenden Politik Moskaus. Russland sieht sich als eine selbstständige, auf Augenhöhe mit den USA agierende Weltmacht, die sich gegenwärtig keineswegs in die

westliche Gemeinschaft integrieren will, weder in die NATO noch in die EU. Russland möchte selbstständig als ein Pol in einer multipolaren Welt handeln, mit dem Westen nur nach eigenem Bedarf zusammenarbeiten und die Spielregeln zum größten Teil selbst bestimmen. Dazu gehören die Forderungen, die NATO als „Relikt des Kalten Krieges“ entweder aufzulösen oder zumindest zu transformieren und den post-sowjetischen Raum als russische Einflusszone anzuerkennen. In der Frage der NATO- und EU-Osterweiterungen sowie der europäischen Nachbarschaftspolitik soll Russland zudem ein Mitbestimmungsrecht bekommen.

Vor diesem Hintergrund wird die Politik der NATO und der USA zwangsläufig als Problem und Gefahr für Russland und seine Interessen verstanden. Dies hat auch der Wechsel im Weißen Haus nicht geändert.

Auch die Europäische Union wird zunehmend negativ bewertet. Es gibt dafür aus Sicht Moskaus mehrere Gründe: Man belächelt die mangelhafte politische Selbständigkeit der EU und konstatiert ihre Uneinigkeit in zentralen Fragen ebenso wie die daraus resultierende Handlungsunfähigkeit. Zugleich beklagt man den negativen Einfluss Polens und der Baltischen Staaten auf die europäische Russlandpolitik, die gegen Russland gerichtete protektionistische Wirtschaftspolitik sowie die europäische Nachbarschafts- und Energiepolitik, die zum Teil russischen Interessen zuwiderläuft.

Die Kooperation zwischen Russland und dem Westen wird zusätzlich dadurch erschwert, dass beide Seiten unterschiedliche Vorstellungen von Stabilität und politischer Ordnung haben. Dies gilt insbesondere für den postsowjetischen Raum. Die russische Außen- und Sicherheitspolitik ist und bleibt in erster Linie eine pragmatische, d.h. auf die Interessen des Staates ausgerichtete, Realpolitik. Daher stehen Interessen und nicht Werte und Normen im Vordergrund. Dies wird sich mittelfristig kaum ändern. Russland wird mit dem Westen daher nur dort zusammenarbeiten, wo dies den russischen Zielen und Interessen entspricht.

Die Frage, ob Russland eine Weltmacht ist, bleibt daher weitgehend rhetorisch. Im Kern geht es um Russlands internationalen Einfluss, die Möglichkeiten und die Substanz seiner Politik. Doch genau hier sind die Ressourcen Russlands beschränkt. Innenpolitisch bleibt Russland eine gelenkte Demokratie mit autoritären Tendenzen und somit ein unattraktiver Partner und Verbündeter. Die wirtschaftliche Stärke ist bescheiden und fragil. Die Streitkräfte, das maßgebliche Instrument einer Weltmacht, befinden sich weiterhin in einer tiefen Krise. Außenpolitisch findet Russland keinen Anschluss an die internationale Gemeinschaft, kann sich auf die „Verbündeten“ und „strategische Partner“ nicht verlassen und betreibt eine konfrontativ-reaktive Außenpolitik. Unter diesen Umständen die Balance zwischen kooperativer Einbindung



und der Verteidigung freiheitlicher Prinzipien zu finden, bleibt die dauerhafte Herausforderung für westliche Politiker. Fest steht: Eine stabile europäische Ordnung ist ohne gute Beziehungen zu Russland nicht zu haben. Die Voraussetzung für solch eine nachhaltige Partnerschaft mit Russland ist jedoch die langfristige Veränderung der hier skizzierten Haltung Moskaus.

7. ANMERKUNGEN

- 1| *Beim Begriff „Westen“ sind in erster Linie die USA, NATO und zum größten Teil auch die EU gemeint.*
- 2| *Unter dem Begriff „Russland“ versteht der Autor ausschließlich die regierenden politischen Entscheidungsträger und Eliten in Russland.*
- 3| *Mitglieder der Organisation sind: Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan, Belarus und Usbekistan.*

DER AUTOR

Heinrich Schwabecher ist Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung.